

**SCHWERPUNKT:**

Besser war schon. Zu wenig Schwimmbäder in Berlin. Zu viele Sanierungsbedürftig. (Seiten 4/5)

**BRENNPUNKT BERLIN:**

Kämpfen lohnt sich. Ohne Mieterbewegung keinen Mietendeckel. (Seite 3)

**Dein bester Freund**

Berliner Anstoß

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI (DKP) BERLIN | 3/2020



Foto: Leonhard Lenz via wikipedia.org

Mit dem bloßen Auge sofort erkennbar, oder? Am 4. November 1989 demonstrierten nach unterschiedlichen Angaben bis zu 1.000.000 Menschen auf dem Berliner Alexanderplatz (unten), am 6. Juni 2020 bloß 15.000 (oben)



Foto: Bundesarchiv, Bild 183-1989-1104-437 / Settnik, Bernd / CC-BY-SA 3.0

Masse & Macht

Angaben über die Größe von Demonstrationen besitzen einen offiziellen Zweck. Willkommene Aktionen werden hochgeschraubt, nicht genehme heruntergespielt

Das ganze offizielle Deutschland feiert zu jedem Jubeljahr aufs Neue, was es die »Wiedervereinigung« nennt und damit zuvorderst den Sieg über einen lästigen Konkurrenten und Nachbarn meint, der Gesellschaft anders, eben nicht kapitalistisch organisiert hatte. Zu den präsentierten Momenten dieser Siegesgeschichte gehört die Demonstration auf dem Berliner Alexanderplatz vom 4. November 1989. Was immer sonst sich zu dieser Zusammenkunft sagen ließe, hatten Teilnehmer wie Organisatoren sicher kaum im Sinn, was ihnen vereinnahmend eine staatsfromme Historiographie in der Regel und im Nachhinein unterschiebt: einen »Meilenstein der friedlichen Revolution in der DDR« gesetzt zu haben. Aber so funktioniert sie nun mal, die herrschende Geschichtsschreibung, und am Ende stand keine »andere DDR«, sondern gar keine mehr.

Wer Meilenstein sagt, muss diese Behauptung untermauern und führt das Gewicht der großen Zahl ins Feld. Der MDR gibt an, damals habe sich rund eine Million Menschen versammelt, und versteigt sich

zu der tollkühnen These, die Demonstration sei »die größte der deutschen Geschichte« gewesen. Die »Tagesschau« ist gemäßigter, nennt 500.000 Teilnehmer, die Deutsche Welle will sich gar nicht erst nicht festlegen und spricht von einer Größenordnung »zwischen 200.000 und einer Million«.

Zeitenwechsel, gleicher Ort. Am 6. Juni dieses Jahres strömten Tausende und Abertausende vor allem junge Menschen zum Alexanderplatz. In der US-amerikanischen Großstadt Minneapolis hatte nicht ganz zwei Wochen zuvor ein Polizist den Afroamerikaner George Floyd umgebracht, indem er minutenlang auf dessen Kehle kniete. Überall in den Vereinigten Staaten brach sich die Empörung über allgegenwärtige rassistische Polizeigewalt Bahn. Die Demonstration in Berlin war ein Zeichen der Solidarität angesichts dieser Zustände jenseits des Atlantiks. Aber nicht nur das. Etliche Teilnehmer erinnerten auf Plakaten und Transparenten an den Rassismus in diesem Lande: Die Attentate von Halle und Hanau, der Mord an Walter Lübke, der staatlich betreute Terror des NSU. Und nicht wenige der Demonstranten mit sogenann-

tem Migrationshintergrund erfahren selbst tagtäglich Diskriminierung von Behörden und Staatsgewalt aufgrund von »Herkunft« und Aussehen.

Die riesige Protestkundgebung blieb nicht lange Mediengespräch, Presse und Rundfunk verließen sich bei den Teilnehmerzahlen beinahe ausnahmslos auf die Angaben der Polizei: 15.000 Menschen seien in der Mitte Berlins zusammengekommen. Jede und jeder bei halbwegs klarem Verstand musste feststellen: das ist eine groteske Untertreibung, doch öffentlich wurden diese Zahlen nicht in Frage gestellt.

So folgt denn die Manipulation einem offenkundigen Interesse, hat Masche und Methode. Die Größe der einen Kundgebung wird absurd nach oben geschraubt, die der anderen nach unten. Weder fanden sich am 4. November 1989 eine Million Menschen am Alexanderplatz ein, noch waren es am 6. Juni 2020 bloß 15.000. Das falsche Zahlenspiel gibt an, was in diesem Deutschland auf ewig in Erinnerung bleiben soll und was besser dem Vergessen anheimfällt. Man kennt das: Die herrschende Geschichtsschreibung ist die Geschichtsschreibung der Herrschenden. (db)

Polizisten sind empfindsame Wesen und gelten in den Augen ihrer Herrchen aus den Innenministerien, die sie gerne mal von der Leine lassen (»Der will doch nur spielen«), als unbedingt schutzwürdig. Wie quälend und beleidigend musste da wirken, dass so ein bisschen Beisswut der uniformierten Beamten in Berlin demnächst Folgen haben könnte. Das infame Antidiskriminierungsgesetz der Landesregierung soll vor angeblicher Behördenwillkür schützen. Wer sich rassistischer oder homophober Behandlung durch staatliche Stellen ausgesetzt sieht, die selbstredend nie vorkommt, soll dank einer Beweiserleichterung bei Klagen zukünftig größere Erfolgchancen haben. Die Polizeiminister der anderen Länder waren baff, platt wie Stullen, knurrten und jaulten, sahen ihre Schützlinge unter Generalverdacht gestellt, ja diskriminiert und drohten sogleich, bei Großeinsätzen keine Einheiten mehr nach Berlin zu schicken. Fühlte sich da jemand ertappt?

Doch was, so lässt sich fragen, ginge eigentlich verloren, wenn fürderhin keine Rotten mehr aus anderen Bundesländern die Hauptstadt heimsuchten? Der würzige Pfeffer, den hessische Beamte großzügig versprühen? Die fachkundige orthopädische Behandlung sächsischer Kollegen beim Auskugeln der Demonstrantenschultern? Die zärtlichen Streicheleinheiten mit dem Knüppel, besorgt von Freunden und Helfern aus Bayern? Fürwahr, es fehlte etwas! Das sollte immerhin bedenken, wer der jetzt virulenten und wirklich höchst albernen Idee von der Auflösung des staatlichen Gewaltmonopols und der Abschaffung der Polizei unter fortwirkenden kapitalistischen Bedingungen anhängt. Doch das ist ein anderes Thema.

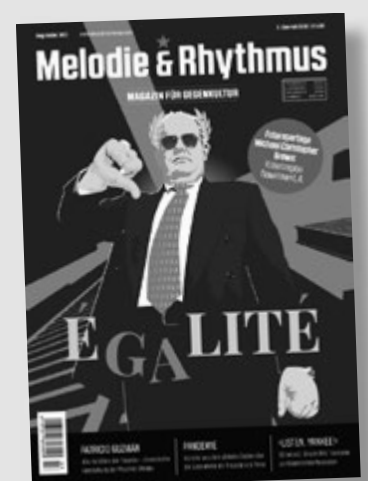
Das Gesetz jedenfalls ist so überflüssig wie Leine und Maulkorb für den Kampfhund, denn schließlich sind wir nicht in den USA. »Wir haben hier kein Rassismusproblem in der Polizei«, befand der baden-württembergische Innenminister. Nein, natürlich nicht, noch nie von gehört. Immer schön dran denken: »Blue lives matter«.

(brat)

ANZEIGE

JETZT AM KIOSK!

MELODIE & RHYTHMUS 3/2020
SCHWERPUNKT: »ELITE«



MELODIEUNDRHYTHMUS.COM

KOMMENTAR

Wessen Stadt ist die Stadt?



Von Stefan Natke,
Vorsitzender der DKP Berlin

Erinnern Sie sich noch an den verheißungsvollen Wahlslogan der Partei Die Linke zur Wahl des Berliner Abgeordnetenhauses 2016? Er lautete: »Die Linke ... und die Stadt gehört Euch!«. Da hatte jemand den Mund sehr voll genommen. Denn Berlin war auch in den vergangenen vier Jahren unter einer Regierung von SPD, Grünen und eben dieser vollmundig werbenden Partei vor allem eine Stadt der Investoren und Spekulanten. Geringfügige Verbesserungen sind eher außerparlamentarischer Initiative zuzuschreiben als der des Senats. Der erlassene Mietendeckel kam erst auf den Druck der Mieterbewegung zustande, und längst ist nicht sicher, ob er vor Gericht Bestand haben wird. Landeseigene Wohnungen, die ein SPD-PDS-Senat vor 16 Jahren verramscht hatte, kaufte die amtierende Regierung für etliche hunderte Millionen zurück; Immobilienkonzerne wie die Deutsche Wohnen erzielten auf diese Weise in kürzester Zeit eine »Traumrendite« und investierten den Verkaufserlös direkt in den Ankauf von Berliner Altbauwohnungen. So funktioniert sie die bürgerliche Gesellschaft, und Die Linke spielt dabei mit. Neue Wohnungen sind dagegen nicht entstanden, das Wohnungsproblem harret nach wie vor einer Lösung und von einem großangelegten Senatsvorhaben für den kommunalen Wohnungsneubau hat man bisher auch nichts gehört.

Sehr wohl aber von einem weiteren Privatisierungsprojekt. Die Berliner S-Bahn wird nach Senatswillen filetiert und teilweise veräußert. Zukünftig könnten auf dem Streckennetz verschiedene private Anbieter fahren. Die Mär, die Regine Günter in ihrer Funktion als Verkehrsministerin dabei verbreitet, lautet: Mehr Wettbewerb ist gleichbedeutend mit stabilen Preisen und besserer Qualität. Man weiß nicht, aus welcher Parallelwelt Günter diese Gewissheit bezieht, in dieser Welt aber haben Privatisierungen noch stets das Gegenteil bewirkt. Und dem Kapital ein neues Verwertungsfeld geschaffen – auf Kosten von Beschäftigten und Bewohnern. Wessen Stadt also ist die Stadt?

Mit der Praxis der Privatisierung stellt der Senat permanent die Eigentumsfrage zugunsten des Profits. Hohe Zeit, dass auch die Einwohnerinnen und Einwohner dieser Stadt die Eigentumsfrage stellen und die Überführung wesentlicher Bereiche der Daseinsfürsorge in die öffentliche Hand unter demokratischer Kontrolle fordern. Ansonsten bleibt die Behauptung »... und die Stadt gehört Euch« das, was der Slogan der Linkspartei von Anfang an war: Augenwischerei.

*Kapital vor Arbeit.
Die Schließung von
mehreren Filialen
der Warenhauskette
Galeria Karstadt
Kaufhof in Berlin zeigt
einmal mehr, worauf es
in dieser Gesellschaft
ankommt.*



Foto: Public Domain via Pixabay

Der gewöhnliche Skandal

Von Carmela Negrete

Heute brauchen sie dich, morgen schon nicht mehr. Bedarfsgegenstände – Haushaltswaren und Kleidung, ein bisschen darüber hinaus, sofern die Lohntüte es zulässt: Spielwaren und Parfum – kaufen die Menschen immer noch. Doch Geschäfte müssen schließen, weil Zahlen nicht stimmen, Chefs und Aktionäre keine Gewinne machen. Beschäftigte bangen um ihre Existenzen und konkurrieren untereinander. Der Warenhauskonzern Galeria Karstadt Kaufhof will sechs seiner elf Filialen in Berlin schließen. 1.200 Mitarbeitern droht die Kündigung. Die Häuser in der Müllerstraße in Wedding, am Tempelhofer Damm und in den Neuköllner Gropiuspassagen, in Charlottenburg, in der Frankfurter Allee und in Hohen Schönhausen könnten bald dicht sein. Deutschlandweit will der Konzern 62 seiner Geschäfte schließen, ein Drittel aller Filialen. 6.000 Angestellte, eine oftmals langjährig in den Warenhäusern arbeitende Belegschaft, vor allem Frauen, stehen vor dem Ende ihres Beschäftigungsverhältnisses.

»Die Entscheidung zu den Schließungshäusern trifft die Menschen

hart, ihnen wird die Existenz unter den Füßen weggerissen«, erklärte Verdi-Bundesvorstandsmitglied Stefanie Nutzenberger. Die Gewerkschaft hat mit dem Konzern eine Vereinbarung getroffen, wonach entlassene Mitarbeiter auf eigenen Wunsch »für mindestens sechs Monate in eine Transfergesellschaft zur Beschäftigung und Qualifizierung überführt« werden können. Verdi fordert den Erhalt der ebenfalls von der Schließung bedrohten Häuser der Karstadt Sports GmbH. Hier droht 20 Filialen das Aus, ein Drittel der 1.200 Mitarbeiter könnte entlassen werden.

Der Berliner Senat zeigt sich derweil bemüht, das Ende der Berliner Filialen zu verhindern. *Berliner Morgenpost* und *Tagespiegel* veröffentlichten Auszüge eines Briefes, den der Regierende Bürgermeister Michael Müller von der SPD und seine Stellvertreterin, Wirtschaftsministerin Ramona Pop von den Grünen, an die Vermieter der Karstadt/Kaufhof-Häuser geschickt haben. Darin bitten sie um eine Mietsenkung. *Das Manager Magazin* berichtet indes, dass René Benko, milliardenschwerer Immobilieninvestor und Eigner der Kaufhauskette, seinen eigenen Häusern keine Mietnach-

lässe gewähren will. Er kalkuliert deren Untergang.

Gleichzeitig hält Benko an seinem Vorhaben fest, am Hermannplatz das Ende der 1920er-Jahre errichtete und von der SS 1945 gesprengte Karstadt-Gebäude wieder aufzuerstehen zu lassen. Anwohner und Kritiker des Projekts befürchten verschärfte Verdrängung und Verteuerung des Kiezes. Und Benkos Signa-Gruppe will noch mehr bauen. Am Alexanderplatz soll der Kaufhof zu einem bis zu 130 Meter hohen Turm umgebaut werden. Insgesamt 3,5 Milliarden Euro will Benko in Berliner Immobilien in bester Lage zu investieren.

Karstadt und Galeria Kaufhof blicken auf eine lange Geschichte zurück, die in der Gründerzeit des Deutschen Reichs Ende des 19. Jahrhunderts begann. Die Warenhäuser haben schon bessere Zeiten erlebt. Die Coronaviruskrise endlich hat den Konzern wegen der wochenlangen Schließung hart getroffen. Doch bereits in den vergangenen Dekaden standen beide Kaufhausketten immer wieder vor Liquiditätsproblemen. Ein verändertes Einkaufsverhalten potentieller Kunden bzw. der Onlinehandel haben ihnen schwer zu schaffen gemacht. Die Schwierigkeiten wur-

den bei Karstadt spätestens ab 2003 sichtbar. Seither wurde die Kette immer wieder an andere Investoren veräußert, die durch Verkauf, Schließung und Filetierung ihren Schnitt machten. Beschäftigte wurden entlassen oder mussten Gehaltseinbußen hinnehmen. Für einen Euro erwarb Benko 2014 den Karstadt-Konzern, der 2018 mit Galeria Kaufhof fusioniert wurde. Die neu entstandene Holding beschäftigt rund 28.000 Mitarbeiter.

Ende März beantragte Galeria Karstadt Kaufhof Staatshilfen in Form eines »Schutzschirmes«. Mit diesem Verfahren sind Stellenabbau und Filialschließungen wesentlich einfacher möglich, Gewerkschaften haben kaum Mitspracherecht. Unter einem Schutzschirm wird der Geldhahn zugedreht, Gehälter werden aus dem Insolvenzgeld gezahlt, aber nicht mehr Betriebsrenten aus der Pensionsversorgungskasse und Abfindungen auch nicht für Mitarbeiter, die seit Jahrzehnten angestellt sind. Frühere Aufsichtsräte gehen davon aus, dass Benko diese de-facto Insolvenz von langer Hand geplant habe. Ein Milliardär saniert sich gesund, tausende Beschäftigte bleiben auf der Strecke. Das ist in diesem Staate rechtskonform und übliche Praxis.

AUS DER REDAKTION

Berlin, im Juli 2020

Liebe Leserinnen und Leser,

nicht nur Teilnehmerzahlen an Demonstrationen werden in bürgerlichen Medien gerne verfälscht. Ansichten, Positionen und Analysen von Kommunisten kommen dort so gut wie nie vor. Auch deshalb bieten wir Ihnen den Berliner Anstoß an: Hier erfahren Sie aus erster Hand, wie Berliner Kommunistinnen und Kommunisten die Probleme der Stadt sehen. Wir machen aber auch Vorschläge, wie sie gelöst werden könnten. Mit dem Berliner Anstoß richten wir uns an alle fortschrittlichen Menschen der Stadt. Wir wollen

dazu anregen, selbst aktiv zu werden. Denn eine lebenswertere Stadt wird uns nicht einfach geschenkt.

Geschickt erhalten Sie immerhin diese Zeitung. Der Berliner Anstoß hat aber keine reichen Sponsoren im Hintergrund. Er finanziert sich ausschließlich über Anzeigen und Spenden. Damit wir den Berliner Anstoß als wichtige linke Stimme in der Stadt etablieren können, sind wir deshalb auf Ihre Spende angewiesen! Einen Spendencoupon und weitere Informationen finden Sie auf der letzten Seite.

Das Kollektiv des Berliner Anstoß



IMPRESSUM

Der *Berliner Anstoß* erscheint viermal jährlich und wird herausgegeben vom Landesverband Berlin der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP).

Kernredaktion: Toni Püschel (V.i.S.d.P.), Susanne Knütter, Daniel Bratanovic

Adresse von Redaktion, Herausgeber und Verlag:

DKP Berlin, Franz-Mehring-Platz 1, Büro 551/552, 10243 Berlin
CommPress Verlag GmbH; Hoffnungstraße 18, 45127 Essen
Telefon: 030 - 29 78 31 32 / Mail: Info@dkp-berlin.info

Verbreitete Auflage dieser Ausgabe: 22.500 im Raum Berlin
Druck: Union Druckerei Berlin Verwaltung GmbH

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 29. Juni 2020
Die nächste Ausgabe erscheint am Freitag, den 02. Oktober 2020

Dieses Projekt wird über Spenden finanziert:

Bitte nutzen Sie das Konto der DKP Berlin (BIC: BELADEBE),
IBAN: DE94 1005 0000 0043 4131 37 - **Verwendungszweck:** Anstoß

DKP

Von Johannes Tor

Vor etwa einem Jahr, am 18. Juni 2019, verkündete die »rot-rot-grüne« Berliner Landesregierung die Eckpunkte eines Gesetzes, dessen Zweck es sein sollte, die ungebremst steigenden Wohnungsmieten – zumindest für alle Wohnungen, die bis Ende 2013 bezugsfertig waren – auf dem damals erreichten Niveau einzufrieren. Seit dem 23. Februar diesen Jahres sind die Mieten für 1,5 Millionen Wohnungen in Berlin auf dem Stand vom Juni 2019 eingefroren. Von 2022 an dürfen sie maximal um bis zu 1,3 Prozent jährlich steigen.

Nicht offen ausgesprochen wurde, worum es bei dem Vorstoß selbstverständlich auch ging (und weiter geht): Der in Berlin zuletzt zu beachtlicher Stärke herangewachsenen Bewegung gegen den »Mietenwahnsinn« den Wind aus den Segeln zu nehmen. Die rechtliche Prüfung des von der Initiative »Deutsche Wohnen und Co. enteignen« angestoßenen Volksbegehrens soll nach letzten Informationen Anfang Juli abgeschlossen sein; die zuständige Senatsverwaltung für Inneres hat die Prüfung monatelang verschleppt. Hierfür war die Debatte um den »Mietendeckel« ausgesprochen nützlich. Wird das Volksbegehren für unzulässig erklärt, dürfte die Aufregung, so die offensichtliche Kalkulation, deutliche geringer ausfallen als noch vor einem halben Jahr.

Die »Mietendeckel«-Idee war zuerst in der Berliner SPD aufgekommen und dann vor allem von der Linkspartei aufgegriffen worden. Ende Januar 2020 hatte das Abgeordnetenhaus das entsprechende Gesetz – gegen den erbitterten Widerstand von CDU, AfD und FDP – beschlossen. Mit einer kurz zuvor vorgenommenen Änderung kam der Senat – angeblich aus Gründen der »Rechtssicherheit« des Gesetzes – der Immobilienlobby weit entgegen: Er verzichtete darauf, die gesetzlichen Mietpreisregelungen und die wegen der ebenfalls festgelegten Mietobergrenzen eventuell erforderlichen Mietsenkungen von Amts wegen durchzusetzen. Jeder einzelne Mieter muss im Zweifelsfall selbst für die Durchsetzung des »Mietendeckels« bzw. der jeweiligen Mietobergrenze gegenüber seinem Vermieter sorgen – am Ende, wenn er denn Zeit, Mittel und Nerven für eine solche Konfrontation hat, per Zivilklage. Hält der Mieter die Füße still und passt der Vermieter nicht selbständig die Miete an die gesetzlichen Vorgaben an, passiert gar nichts. Mieterorganisationen rechnen damit, dass höchstens jeder dritte dazu berechnete Mieter die nach dem Gesetz fällige Mietsenkung auch einfordert.

Inzwischen ist offensichtlich: Der von der Immobilienwirtschaft monatelang beschworene »Zusammenbruch« der Branche hat nach Inkrafttreten des »Mietendeckels« nicht stattgefunden. Im Gegenteil: Der Konzern Deutsche Wohnen rückte gerade – fünf Jahre nach dem Aufstieg des Konkurrenten Vono-

Kämpfen lohnt sich

Ohne Druck von der Straße hätte es den Mietendeckel nie gegeben



Kampf für Mietendeckel und Wohnungs-Vergesellschaftung: Protest gegen den Mietenwahnsinn in Berlin (3. Oktober 2019)

Foto: Rudi Denner / r-mediabase.eu

via in den Dax – ebenfalls in die »oberste Börsenliga« ein. Am 22. Juni ersetzte Deutsche Wohnen die Lufthansa. Noch im September 2019 hatte der in Berlin stark vertretene Immobilienkonzern wegen Kursrückgängen im Zuge der Debatten um »Mietendeckel« und Volksbegehren gegenüber dem Maschinenbaukonzern MTU zurückstecken müssen. Das ist nun erledigt – trotz »Mietendeckel«. Inzwischen ist Deutsche Wohnen mit fast 15 Milliarden Euro Marktkapitalisierung beinahe so viel wert wie die Deutsche Bank. Der Preis einer Deutsche-Wohnen-Aktie hat sich seit 2008 verzwanzigfacht.

Die Börse und die Immobilienkonzerne haben die Angst vor dem »Mietendeckel« also inzwischen verloren – ihre politischen Lobbyisten setzen die Show dennoch unverdrossen fort. Gar kein Mietendeckel ist am Ende eben doch immer noch besser als ein entkernter Mietendeckel. Und schließlich wurden inzwischen viele Mietverträge mit einer automatischen Erhöhungsklausel abgeschlossen, sollte der Mietendeckel von den Gerichten gekippt werden. Es geht also um viel Geld. Demnächst beschäftigt das Gesetz sowohl das Bundes- als auch das Landesverfassungsgericht. Ende Mai haben die Fraktionen der FDP und CDU im Berliner Abgeordnetenhaus Klage vor dem Berliner Verfassungsgerichtshof eingereicht. Die Bundestagsfraktionen der beiden Parteien hatten bereits am 6. Mai eine Normenkontrollklage in Karlsruhe angestoßen. Die Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und FDP vertreten die Ansicht, dass das Land Berlin mit dem Gesetz seine Gesetzgebungsbefugnisse deutlich überschreitet, da derlei Sache des Bundes sei. Diese Auffassung teilen die Fraktionen von FDP und CDU auf Landesebene. Richter des Berliner Landgerichts haben in einem Beschluss zu einem Berufungsverfahren wegen einer Mieterhöhung bereits erklärt, dass sie den Mietendeckel für verfassungswidrig halten. Sie verwiesen darauf, dass der Bund das Recht zur Mieterhöhung und Mietpreisvereinbarung im Bürgerlichen Gesetzbuch geregelt habe. Daraus ergebe sich eine »Sperrwirkung für jeden Landesgesetzgeber und damit auch für das Land Berlin«. Ein Bundesland habe nicht das Recht, »eine konkurrierende Gesetzgebungskompetenz dort in Anspruch zu nehmen, wo sie eine abschließende Bundesregelung für unzulänglich und deshalb reformbedürftig halten«, hieß es in dem Beschluss.

All das zeigt: Die Berliner Mieterbewegung wird sich weiter politisieren müssen. Und sie wird wachsen müssen. Überlässt sie die Sache den Politikern und den Gerichten, hat sie verloren. Dass es sich lohnt, zu kämpfen, zeigt der »Mietendeckel« auch in seiner jetzigen Form: Ohne die großen Demonstrationen gegen den »Mietenwahnsinn« und die vielen kleinen, kollektiv geführten Auseinandersetzungen mit Vermietern hätte es dieses Gesetz nie gegeben.

GegenStandpunkt 2-2020

Er könnte so schön sein, der vollendete Weltmarkt: Die stärksten Kapitale nutzen den Globus für die profitsteigernde Organisation weltumspannender Wertschöpfungsketten, fürs zentralisierte Abschöpfen von Kaufkraft für das an den Börsen vorweggenommene Wachstum der kapitalistischen Unternehmenswelt. Und jetzt das: ein Virus bringt alles durcheinander. Genauer gesagt: Der menschliche Faktor versagt – wegen Anfälligkeit für Virus-Lungenentzündung bzw. vorsorglicher Stilllegung durch eine gesundheitspolitisch aktive Staatsgewalt – seinen Dienst

– als Arbeitskraft: „Eng getaktete“ Lieferketten werden unterbrochen, Produktion funktioniert nicht mehr, weil Angestellte zu Hause bleiben (müssen); nicht zuletzt deswegen, weil Schulen und Kindertagesstätten die doppelbelasteten Eltern nicht mehr für die Arbeit freisetzen und Großeltern ihren entsprechenden Hilfsdienst nicht mehr versehen dürfen;

– als Kaufkraft: Wo nicht gearbeitet wird, wird nichts verdient; was schlimm ist, weil nicht verdientes Geld eingeplanten Umsatz nicht realisiert; Produzenten bleiben auf ihren Waren, Dienstleister auf ihren Dienstleistungen sitzen; Letzteres umso mehr, weil Staaten die Mobilität ihrer Bürger einschränken, woran schlagartig klar wird, für wie viel Geschäft die gut ist und ebenfalls schon längst verplant ist.

Eine Lehreinheit darüber, worauf es bei der Gesundheit einer Bevölkerung ankommt: auf die Funktionstüchtigkeit der Menschen als Geschäftsbedingung; und was daran das Blöde ist: Gesundheit ist nicht voll im Griff des Kapitals, das sie braucht.

GEGENSTANDPUNKT 2-2020 ist am 19.6.2020 erschienen. Die Zeitschrift ist für 15 € über den Buchhandel zu beziehen oder durch Bestellung an: Gegenstandpunkt Verlag, Kirchenstr. 88, 81675 München; Tel.: 089-2721604; Fax: 089-2721605; Internet: www.gegenstandpunkt.com

ANZEIGEN

rotes-berlin.de/shop

Leeren der Revolution
Basis-Spiel | 15 €
NEU: Erweiterung „Dong Fang Hong“ | 5 €

„Good News from Cuba/China“
T-Shirts | 15 €
Hoodie | 25 €

Marcel Kunzmann: Theorie, System & Praxis des Sozialismus in China
Buch, 126 Seiten | 9,90 €

Xi Jinping Werke
ab 19,80 €

Hammer & Sichel Geschenkpapier
DIN A2 Bogen | 1 €

Freischwimmer mal anders

Was wir Berliner von Freiburger Rentnerinnen lernen können

So ein Freibad ist dafür da, dass Anwohner bei schönem Wetter gemütlich ein paar Bahnen im Schwimmbecken ziehen können. Das ist in Berlin nicht anders als im südbadischen Freiburg. Und in beiden Städten kennt man das Problem, dass die Freibadsaison oft viel zu spät gestartet und viel zu früh beendet wird. Bei blauem Himmel und 25 Grad im Schatten – weshalb darf man da eigentlich das Freibad vor der Tür nicht mehr für ein paar Stunden nutzen?

Das fragten sich in Freiburg einige Rentnerinnen, die den Betreiber des Lorettobades davon überzeugen wollten, das schöne alte, aber vorzeitig geschlossene Traditionsbad bei herrlichem Septemberwetter doch einige Tage länger zu öffnen. Der Betreiber aber rechnete kurzerhand die möglichen Erträge und Kosten gegeneinander auf und beschloss, das nicht zu tun. Weil sich das für ihn nicht rentiert.

Die drei Damen fanden sich damit nicht ab. Jahrelang haben sie das Bad genutzt, auch noch im Sep-



tember. Gemeinsam mit weiteren 20 Stammgästen beschlossen sie eine einfache und trotzdem spektakuläre Aktion. Freiburg, das eine agile linke Szene hat und in der auch Hausbesetzungen eigentlich nichts Spektakuläres sind, erlebte dann doch noch etwas Besonderes: Die Rentnerinnen (die älteste von ihnen war 70 Jahre alt) besorgten sich Spraydosen und Transparenstoff sowie eine Leiter. Sie eroberten das Freibad so, wie einst im Mittelalter Burgen gestürmt wurden: Leitern anlegen und das Objekt in Beschlag nehmen. Auch bindnispolitisch waren die Damen gut aufgestellt: Sie animierten andere zum Mitmachen, darunter einen jugendlichen Radfahrer. Der stieg begeistert vom Rad und kletterte über den Zaun, um zu den Damen im eigentlich geschlossenen Bad zu gelangen. Auch Familien mit Kindern beteiligten sich an der Aktion. Jedenfalls machten sich alle gemeinsam einen schönen Tag im Bad. Die Polizei sah in diesem Fall keinen Anlass, sich um die formal illegale Aktion zu kümmern. Ach ja, auf dem Transparent am Eingang des Bades haben die Besetzerinnen einfach die Lösung: »Wir waren da – 12. 09. 2010« hinterlassen.

Ein wunderbares Beispiel dafür, dass man über blöde Zustände nicht nur klagen sollte. Sicher, das grundlegende Problem ist damit noch nicht gelöst: Freibäder sind wie andere Einrichtungen der Daseinsvorsorge nicht nach Marktesetzen zu betreiben sondern nach Maßgabe der Interessen der Menschen. Bis dahin darf man sich an den Freiburgern gerne ein Beispiel nehmen. (dk)



Bundesarchiv, Bild 183-P0206-0034 / CC-BY-SA 3.0
Schwimmhalle Pankow: 1975 als modernste und größte Schwimmhalle Berlins (Hauptstadt) eröffnet ...

Besser war schon

In Berlin gibt es nicht genügend Frei- und Hallenbäder. Und bei den meisten bestehenden gibt es dringenden Sanierungsbedarf. Auch wegen der Schuldenbremse können notwendige Mittel nicht so ohne weiteres zur Verfügung gestellt werden. Das war in Berlin nicht immer so

... im Jahr 2000 ohne Not stillgelegt und seit 20 Jahren dem Verfall preisgegeben

Von Denis Gabriel und Ingeborg Lohse-Geserick

gut, es ist ein Scheiß-Sommer! Nicht nur, weil wegen der Coronakrise bei vielen Menschen der geplante Sommerurlaub ins Wasser fällt oder zu Hause stattfinden muss. Nicht nur, weil das Wetter hier in Berlin oft kalt, nass und trüb ist – nein, auch weil es in unserer Stadt einfach zu wenig Frei- und Hallenbäder gibt! Und bei denen, die genutzt werden könnten, sind die Eintrittspreise zu hoch, die Personalausstattung schlecht und auch die Öffnungszeiten geben nicht selten Anlass zu Ärger. Die Verantwortlichen wissen natürlich, dass die Schwimmbäder in der Regel nicht jene Berlinerinnen und Berliner besuchen, die sich mal eben so einen Malediven-Tauchurlaub leisten können! Trotzdem sind die Eintrittspreise so hoch, als wäre das so. Dennoch sind Sprungtürme und Rutschbahnen nicht selten gesperrt oder dürfen nur zu bestimmten Zeiten genutzt werden – weil Personal fehlt. Und aus dem gleichen Grund steht, wer abends nach der Arbeit noch rasch ins Becken will (falls es überhaupt noch ein Bad in der Nähe gibt), vor verschlossenen Türen.

Schwimbäder werden in Berlin (wie überall in der kapitalistischen Bundesrepublik Deutschland) von vielen Politikern vor allem als Kostenfaktor gesehen. Ihre wichtige Funktion für Gesundheit und Unterricht wird dem untergeordnet. Deshalb schließen in diesem Land jedes Jahr 80 Bäder ihren Betrieb. Nicht mehr rentabel, heißt es. Nicht selten wurden zuvor, um mehr einzunehmen, die Eintrittspreise so stark erhöht, dass immer weniger Menschen die Einrichtungen nutzen konnten. Wegen mangelnden Geldes wird die Instandhaltung vernachlässigt und irgendwann dann das Bad ganz geschlossen. In Deutschland führt das mittlerweile dazu, dass die Zahl der Menschen, die durch Badeunfälle sterben, wieder steigt, wie die DRLG mitteilt. Sie weist darauf hin, dass immer mehr Kinder nicht schwimmen können. Was auch daran liegt, dass immer weniger Schulen Schwimmunterricht anbieten: 25 Prozent der Grundschulen haben keinen Zugang zu einem Schwimmbad in Schulanlässe. Die Folgen: Rund 60 Prozent der Zehnjährigen können nicht oder nicht richtig schwimmen. Kinder gehören immer mehr zur Risikogruppe bei den Ertrinkungsfällen.



Colin Lewin / https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Schwimmhalle_Pankow_Seite.jpg / https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de (CC BY-SA 4.0)

Auch viele Schüler aus dem größten Berliner Bezirk Pankow leiden unter dieser Entwicklung: Für fast 400.000 Einwohner stehen gerade mal drei Hallenbäder zur Verfügung (zum Vergleich: Freiburg im Breisgau hat 230.000 Einwohner, die fünf Hallenbäder nutzen können). Zu DDR-Zeiten war die Versorgung besser. Nur ein Beispiel: 1975 wurde in der Wolfshagener Straße das modernste Hallenbad der Hauptstadt eröffnet, viele Generationen lernten hier das Schwimmen. Noch bis ins Jahr 2000 hinein konnten Schüler und andere Anwohner das DDR-Hallenbad nutzen. Dann aber erging es auch diesem Hallenbad wie vielen anderen Errungenschaften aus der DDR: Es wurde geschlossen, angeblich aus Kostengründen. Den Anwohnerprotesten begegnete man mit der Lüge, das Bad solle saniert werden. Tatsächlich aber wurde es dem Verfall und dem Vandalismus überlassen, um dann 2014 endgültig bekannt zu geben, dass es nicht wieder eröffnet werde. Von dem Vorzeigeschwimmbad ist inzwischen nur noch eine Ruine übrig. Sie ist bis heute sichtbarer Beweis für den Umgang der heute Verantwortlichen mit einstigem DDR-Volkseigentum. Um die Anwohner zu beruhigen, werden gerne einige Monate vor Bezirks- und Abgeordnetenhauswahlen wunderbare Pläne vorgelegt, die dann »Bäderentwicklungsplan« getauft und immer wieder mal (gerne vor Wahlen) aktualisiert werden. Den Anwohnern der Wolfshagener Straße zeigt man zusätzlich eine bunte Broschüre und veranstaltet tolle Ausstellungen, wie so ein künftiges Spaßbad aussehen könnte. Pläne, über die dann wenige Wochen nach der Wahl kein Mensch mehr spricht. Nach heutigem Stand wird frühestens 2025 ein neues Bad dort entstehen, wo einst das DDR-Hallenbad stand, das zum Zeitpunkt der Schließung noch gut und gerne 25 Jahre hätte genutzt werden können.

Die Berliner Bäderbetriebe (BBB), die die 65 Badeeinrichtungen in unserer Stadt betreiben, sind der größte Bäderbetrieb Europas und mit rund 800 Beschäftigten einer der größeren »Arbeitgeber« der Stadt. Seit Jahren führt die Gewerkschaft Verdi einen harten Kampf für angemessene Arbeitsbedingungen in den Berliner Bädern. Da geht es nicht nur darum, für die Badegäste optimales Badevergnügen zu organisieren. Das soll auch zu Bedingungen möglich sein, die nicht auf Kosten der dort Arbeitenden gehen. Regelmäßig wird deshalb für eine gerechte Entlohnung gekämpft – aber auch dafür, dass ausreichend Personal eingestellt

6-Punkte-Programm der DKP Wedding für die Schwimmbadentwicklung im Bezirk, aber auch in ganz Berlin:



1. Berlin braucht ausreichend Frei- und Hallenbäder!

Die Kapazitäten reichen derzeit nicht für eine Millionenstadt wie Berlin. Die Anzahl der Bäder ist nicht nach aktueller Kassenlage, sondern an den Bedürfnissen der Berliner/innen auszurichten

2. Schwimmen muss man lernen können!

Vorzugsweise sollte der Bau von klassischen Frei- und Hallenbädern im Fokus stehen, also Bäder, die auch für den Schul- und Freizeitsport geeignet sind.

Die Schließung von Bädern während der Coronahochphase war richtig. Mit den Lockerungen in der »Coronakrise« fordern wir, dass es allen Kindern unentgeltlich und ohne Abstriche im Unterricht ermöglicht wird, ihr Schwimmabzeichen (Seepferdchen etc.) nachzuholen! Damit sie nicht als Nichtschwimmer aus der Schule gehen.

3. Bäder sind Daseinsfürsorge, also her mit dem Geld!

Damit endlich saniert und gebaut werden kann, müssen von Bezirken und vom Senat ausreichend Geldmittel zur Verfügung gestellt werden. Neubau und Sanierung sind ausschließlich durch die öffentliche Hand zu finanzieren. Teil- oder Ganzprivatisierung von Bädern lehnen wir ab, auch indirekte Privatisierung durch sogenannte Öffentlich-Private-Partnerschaften. Auch deshalb ist die Schuldenbremse (die eine Kreditaufnahme für Neubau und Sanierung erschwert) außer Kraft zu setzen.

4. Der Bäderbesuch muss bezahlbar werden!

Jeder muss sich den Bäderbesuch leisten können. Deshalb fordern wir stark ermäßigte Preise für Menschen mit niedrigem Einkommen, kinderreichen Familien und Alleinerziehenden. Soziale Gesichtspunkte müssen im Mittelpunkt bei der Preisgestaltung stehen!

5. Wir brauchen auch morgens und abends Bademöglichkeiten!

Die Öffnungszeiten der Bäder sind so einzurichten, das auch z.B. arbeitende Menschen vor und nach der Arbeit die Möglichkeit haben, noch ein paar Bahnen zu schwimmen! Stark eingeschränkte Öffnungszeiten (teils bis nur 15 Uhr) sind nicht akzeptabel!

6. Wir fordern ausreichend und gut ausgebildetes Personal!

Die Bäder sind – entsprechend den Forderungen der Gewerkschaft Verdi – ausreichend und mit gut ausgebildetem Personal auszustatten. Wir fordern Honorar- oder befristete Verträge bei den Berliner Bäderbetrieben komplett abzuschaffen und in sichere Festanstellungen für die Angestellten umzuwandeln. Ebenso sind alle Auszubildenden nach Ende der Ausbildung unbefristet zu übernehmen!

wird. Technik und Bausubstanz werden wie das Personal auf Verschleiß gefahren, teilt die Gewerkschaft in einer Pressemitteilung mit. Und weiter: »Da Personal vor Ort fehlt, werden Öffnungszeiten verkürzt oder Bäder nur noch durch Vereine genutzt.« Um Kosten zu sparen, eröffnen die Bäder die Saison oft viel zu spät (nicht nur in Coronazeiten, selbst in sehr heißen Sommern dauert es manchmal bis Juni, bis alle Freibäder auch tatsächlich genutzt werden dürfen).

Damit aber in Berlin ausreichend gut ausgestattete Bäder zur Verfügung stehen, müssen neue Anlagen gebaut und viele der bestehenden gründlich saniert werden. Das stellen auch Senat und Abgeordnetenhaus nicht in Abrede. Das funktioniert aber nicht ohne Investitionen. Wo aber sollen die notwendigen Millionen herkommen? Unter sozialistischen Bedingungen wird im Interesse der Menschen geplant und organisiert. Die benötigten Millionen wären eine gute Investition für die Gesundheit der Menschen der Stadt. Allerdings müsste Berlin, um den Plan konsequent umzusetzen, Kredite aufnehmen. Das aber haben sich die Verantwortlichen selbst verboten. Denn dank der von ihnen auch noch verschärften »Schuldenbremse« darf sich die Stadt nicht mehr verschulden. »Auch ein zukünftiges Bädersanierungs- und Neubauprogramm der Berliner Bäderbetriebe unterliegt dem Regime der Schuldenbremse«, heißt es in einer Publikation der Rosa-Luxemburg-Stiftung vom August 2019. Das gilt übrigens auch für andere Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge wie Schulsanierung und Schulneubau. Kurzum, es gibt schöne Pläne und gute Absichten – aber es stehen Stadt und Bezirken kein Geld für die Umsetzung zur Verfügung. Im Kapitalismus gibt es für solche selbstgeschaffenen Probleme eine Lösung: Bäder werden an Privatinvestoren verkauft. So ein Privatbetreiber will Gewinne erzielen, was nur gelingt, wenn er Kosten minimiert (zum Beispiel in dem er auf Warmwasser in den Duschen verzichtet) und möglichst hohe Einnahmen erzielt (hohe Preise, verkürzte Öffnungszeiten). So aber kann man keine vernünftige Bäderpolitik betreiben. Die andere Lösung, die der Kapitalismus anbietet: Öffentlich-Private-Partnerschaften. Damit die Kommune offiziell keine Schulden aufnehmen muss, werden Schulen oder Bäder einem privaten Investor zur Verfügung gestellt, der übernimmt Sanierung und Finanzierung und darf als Gegenleistung zum Beispiel das Schwimm-

bad oder die Schule an die Stadt für einen langen Zeitraum für viel Geld vermieten. Die Rechnungshöfe haben zwar längst festgestellt, dass diese Art der Finanzierung meistens unwirtschaftlicher und teurer als die klassische Haushaltsfinanzierung sei – aber was soll man machen, wenn man sich letztere selbst verboten hat? Die Geschichte wiederholt sich: Wenn ein Bäderbetrieb Gewinne abwerfen soll, geht das nur auf Kosten der Badbesucher und der Beschäftigten.

Fazit: Eine ausreichende Versorgung unserer Stadt Berlin mit Schwimmbädern mit qualitativ hohem Angebot ist nicht möglich, wenn dies über kapitalistische Marktlogik geregelt wird. Sinnvoller ist es, zu planen und umzusetzen, was für die Menschen der Stadt gut und sinnvoll ist, anstatt das Profitstreben Einzelner zu bedienen. Dass es so schon einmal funktionieren konnte, hat Berlin in der Vergangenheit bereits bewiesen – nicht nur mit dem Hallenbad in der Wolfshagener Straße. Besser war schon mal. Daraus könnte man lernen.

ANZEIGE

Seit 22 Jahren – um den Rotfuchs sammeln sich immer mehr Linke!



Wir sind so altmodisch, dem wissenschaftlichen Sozialismus von Marx, Engels und Lenin in Theorie und Praxis die Treue zu halten. Wir beugen uns nicht dem Antikommunismus und der Gesichtsklitterei. Für uns bleibt die DDR das gute Deutschland – nicht, weil sie ohne Fehl und Tadel gewesen wäre, sondern weil sie den Bourgeois und Baronen für 40 Jahre Macht und Eigentum entzog. Und: Weil sie den Frieden in Europa sichern half.

→ Redaktion
Bruni Steinger, Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
e-mail: rotfuchskessel@t-online.de

→ Vertrieb
Rainer Behr, Postfach 82 02 31, 12504 Berlin
e-mail: vertrieb@rotfuchs.net

www.rotfuchs.net

Kommandant Bersarin



Foto: DRM | Timofej Melnik

Wer aufmerksam durch den Ortsteil Friedrichshain spaziert, landet früher oder später am Bersarinplatz – ein eher unscheinbarer Kreisverkehr am Ende der Petersburger Straße. Seit dem Jahre 1947 trägt der Platz den Namen des ersten sowjetischen Stadtkommandanten Nicolai Bersarin. Aber wer war der Mann?

Nicolai Bersarin wurde am 1. April 1904 in St. Petersburg in eine Arbeiterfamilie hineingeboren. Schon mit 14 Jahren schloss er sich der »Roten Arbeiter- und Bauernarmee« an, machte eine Buchbinderlehre und trat 1914 in die Rote Armee ein. Nach dem Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 wurde er zum Oberbefehlshaber der 5. Stoßarmee ernannt und erreichte am 22. April 1945 unter dem Kommando von Marschall Georgi Schukow das östliche Spreeufer. Am 24. April ernannt ihn der Marschall zum ersten Stadtkommandanten von Berlin.

Sofort nach der deutschen Kapitulation sorgte Bersarin für einen schnellen Aufbau der Stadtverwaltung und kümmerte sich um die Gesundheitsversorgung im zerstörten Berlin. Bereits am 19. Mai war auf seinen Befehl ein zentrales Ernährungsamt eingerichtet. Aber Nicolai Bersarin hatte auch noch eine andere Seite. Seine große Leidenschaft war die Kunst, vor allem die Oper. Schon Mitte Mai 1945 traf er sich in Karlshorst mit Schauspielern, Regisseuren und Intendanten und besprach mit ihnen, wie die Kunstszene in Berlin schnell wieder belebt werden könnte. Am 23. August 1945 wurde im Admiralspalast die Oper »Orpheus und Eurydike« aufgeführt. Mitten in den Trümmern. Ein Triumph der Kunst und des Friedens über die Barbarei. Leider konnte er nicht mehr im Publikum sitzen. Am 16. Juni 1945 verunglückte Bersarin bei einem Motorradunfall tödlich. Seine ehrgeizigen Pläne für den Wiederaufbau Berlins konnte er nicht mehr verwirklichen. Bersarin wurde auf dem Nowodewitschi-Friedhof in Moskau beigesetzt.

Im Jahre 1975 verlieh die Hauptstadt der DDR dem ehemaligen Stadtkommandanten die Ehrenbürgerschaft. Die wurde nach langen Diskussionen 2003 vom Berliner Senat bestätigt.

Auf Betreiben einer Bürgerinitiative wurde am 16. Juni 2020 an der Kreuzung Otto-Kowalke-Straße/Alt Friedrichsfelde, dem Unglücksort, eine Gedenktafel enthüllt. (ilo)

»Der erste Stadtkommandant von Berlin«: Ausstellung zu Nicolai Bersarin im Russischen Haus noch bis zum 30. September

Größte Privatisierung droht

Foto: D. Ulrich / S-Bahn Berlin GmbH

Der Senat treibt die Zerschlagung der Berliner S-Bahn voran

Von Rainer Perschewski

Auch sie wurden als Helden gefeiert, Mitglieder des Abgeordnetenhauses klatschten Beifall. Denn der öffentliche Personenverkehr ist »systemrelevant«. Doch schon bald könnten Beschäftigte und Fahrgäste der Berliner S-Bahn in die Röhre gucken. Im Schatten der Corona-Pandemie trieb der Berliner Senat die Zerschlagung und Privatisierung von zwei Dritteln des S-Bahn-Netzes voran. Ende Mai fällt er den Beschluss, das Vergabeverfahren für die S-Bahn-Teilnetze Nord-Süd und Stadtbahn »schnellstmöglich« zu beginnen.

Die grüne Verkehrssenatorin Regine Günter verfolgt das Vorhaben mit geradezu missionarischem Eifer. Die Entscheidung sei der »Schlusstrich unter die S-Bahn-Krise von vor einem Jahrzehnt mit all ihren Nachwirkungen – und es ist der Start in eine neue Ära«. Das Mittel der Wahl, das noch nie zum Besseren geführt hat: »effektiver Wettbewerb«. Das bedeutet, um die Auftragsvergabe für die Beschaffung von insgesamt 2.160 S-Bahn-Wagen, deren Instandhaltung sowie den Betrieb auf den



S-Bahn Instandhaltungswerkstatt Oranienburg (Berlin)

beiden Teilnetzen sollen künftig verschiedenen Unternehmen konkurrieren. Den neuen Fuhrpark will Berlin aufkaufen, in eine eigene Gesellschaft überführen und den künftigen Betreibern im Rahmen einer öffentlich-privaten Partnerschaft (ÖPP) zur Nutzung überlassen.

Damit soll das bisherige Monopol der Deutschen Bahn AG gebrochen werden, das Land etwa 800 Millionen Euro einsparen. Ein Konzept, das nur aufgeht, wenn bei den Personalkosten drastisch ge-

kürzt wird. Das ist keine Schwarzmalerei, wie Beispiele etwa aus Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und dem Saarland zeigen. Wo ausgeschrieben wird und Wettbewerb herrscht, sind Rentabilität und Profit die maßgeblichen betriebswirtschaftlichen Prinzipien. Ein privates Unternehmen muss bei Strafe des Untergangs Gewinn erwirtschaften. Diese Gewinne gehen dann in die Hand von privaten Eigentümern und fließen eben nicht als notwendige Investitionen zurück in den öffentlichen Nahverkehr. Zu erwarten steht das Gegenteil dessen, was sich die Verkehrsministerin erhofft: Nicht »vernünftige Preise bei dauerhaft guter Qualität«, sondern höhere Beförderungstarife und schlechterer Service.

Die jetzt begonnene Ausschreibung bildet unter dem fadenscheinigen Vorwand der Kostenersparnis den Startpunkt einer Umverteilung von öffentlichen Geldern in private Taschen, von der die Beschäftigten der Berliner S-Bahn noch hart getroffen werden könnten. Ob das Fahrpersonal der S-Bahn Berlin GmbH im Falle eines Betreiberwechsels komplett übernommen und ob das Lohnniveau gehalten wird, ist unklar. Der Senat kündigte nur sehr vage an, den »Arbeitnehmerschutz maximal« zu gewährleisten und »klare Regelungen« zur Arbeitsplatzsicherung, zum Personalübergang,

zur Tarifreue, zum Mindestlohn und zur Ausbildungsverpflichtung vertraglich festzulegen. Selbst wenn die neuen Anbieter die Bedingungen einstweilen akzeptieren sollten, wird der politisch gewollte und gesetzlich festgezurrt Wettbewerb gewinnorientierter Unternehmen die bestehenden Beschäftigungsverhältnisse immer wieder in Frage stellen.

Das Urteil der Berliner Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft fällt dementsprechend aus. »Viel Papier, aber vieles fehlt. Insbesondere Beschäftigungsbedingungen und zahlreiche Personalalgorithmen sind nicht oder nur unzureichend beschrieben« urteilt die EVG. Es geht aber nicht nur um soziale Frage, sondern auch um ein funktionierendes System. Der EVG-Betriebsgruppenvorsitzende der S-Bahn, Robert Seifert, unterstreicht dies: »Zusätzliche Schnittstellen machen das System noch komplizierter, sind aber offenbar politisch gewollt. Ein Konzept, wie das im täglichen Betrieb funktionieren soll, gibt es nicht.«

Das Vorhaben könnte die größte Privatisierung der vergangenen Jahrzehnte werden – mit desaströsen Folgen für die Berliner Fahrgäste. Die Forderung nach einer direkten Beteiligung des Landes an der Berliner S-Bahn wirkt dagegen wie aus der Zeit gefallen – und ist doch brandaktuell.

ANZEIGEN

Gemeinsam Anders Handeln

GEKKO

getränke- & handelskollektiv

Groß- und Einzelhandel - Lieferservice - Beratung
Transport auch mit Lastenrad möglich

friz-kola, Voelkel, SOLIDRINKS, NEUMARKTER LAMMSBRÄU, LEMONAID+

030-220128050 www.gekko-berlin.de

DER 8. MAI
Geschichte eines Tages

Alexander Rahr (Hrsg.)
Der 8. Mai – Geschichte eines Tages
22,- € | ISBN 978-3-360-01358-3
E-Book 16,99 € | ISBN 978-3-360-50139-4

Dieses Buch lässt den Tag der Befreiung in einer vielstimmigen Erzählung lebendig werden.

www.eulenspiegel.com

PapyRossa Verlag | www.papyrossa.de

Lucas Zeise
FINANZKAPITAL | Basiswissen

Was meint der Begriff »Finanzkapital«? Warum befindet sich die Politik unter dem Druck der Finanzmärkte? Wie weit reichen demokratische Regeln noch? Gerade in Krisen zeigt sich, wie die Herrschaft des Finanzkapitals funktioniert. Auch unter historischem Rückgriff geht Lucas Zeise u. a. der Rolle von Geldkapital, Banken, Versicherungen, Hedgefonds und Schattenbanken nach.

ISBN 978-3-89438-688-7 | 135 Seiten | € 9,90

Klaus Müller
MONOPOLE
Basiswissen Politik / Geschichte / Ökonomie

Um 1900 entstand ein neues Produktions- und Herrschaftsverhältnis: das Monopol. Seine marktbeherrschende Stellung und hohe Profite werden im Kampf um den Staat und mit ihm abgesichert. Dass Monopole eine Ausnahme seien oder Verbraucherwünsche bestens erfüllen, gehört ins Reich der Legenden.

ISBN 978-3-89438-731-0 | 124 Seiten | € 9,90

RUSLANDS BOTSCHAFTER
WLADIMIR M. GRININ
MEINE JAHRE IN BERLIN

Wladimir M. Grinin
Russlands Botschafter – Meine Jahre in Berlin
18,- € | ISBN 978-3-360-01360-6
E-Book 12,99 € | ISBN 978-3-360-50167-7

Exklusive Einblicke hinter die Kulissen deutsch-russischer Beziehungen. Was kann, was muss passieren, um dem angespannten Verhältnis des Westens zu Russland und zum russischen Präsidenten entgegenzuwirken?

www.eulenspiegel.com

Bitte beachten: Auf Grund der momentanen Situation kann es zu Abweichungen der Gruppenabendtermine kommen. **Bei Interesse meldet euch bitte unter:** Info@dgp-Berlin.info

Klare Prioritäten

Was Corona über den bürgerlichen Staat lehrt

Von Helmut Dunkhase

Seit Mai sind Bundeswehrsoldaten in fast allen Berliner Gesundheitsämtern tätig – in Uniform. Schon Wochen zuvor war die Gelegenheit ergriffen worden, die Streitkräfte als echten Freund und Helfer zu performen. Die Truppe machte sich nützlich, stellte Infrastruktur, Desinfektionsmittel und Versuchskaninchen für die Erprobung der Corona-App. Zu dieser vermeintlich sympathischen Seite der Militarisierung des zivilen Lebens gehört eine weniger freundliche. So denkt die Bundesregierung trotz der Krise gar nicht daran, den wahnwitzigen Aufrüstungskurs zu beenden oder auch nur auszusetzen. Das »Konjunktur- und Zukunftspaket der Bundesregierung« weist unter anderem zehn Milliarden Euro für vorgezogene Rüstungsprojekte aus. 500 Millionen Euro sollen in ein »Zentrum für Digitalisierungs- und Technologieforschung der Bundeswehr« fließen. Die Bundesrepublik soll digital und technologisch souverän bleiben und irgendwann neben der wirtschaftlichen auch die militärische Dominanz in der EU erlangen.

Was dem Staat wichtig ist

Wann immer der Staat in den vergangenen Wochen und Monaten als »Retter« in Erscheinung trat, wurde deutlich, wo er seine Prioritäten setzt: Er sorgt sich um Bestand und Bewahrung seiner Monopole. So sprang er im Falle der angeschlagenen Lufthansa mit Staatsbeteiligung und -hilfen ein. Der Autoindustrie wiederum, dem Flaggschiff der deutschen Volkswirtschaft, kam Corona gerade recht. Die Absatzflaute hatte schon begonnen, Autos waren bereits auf Halde gestapelt, als die Pandemie übers Land rollte. Nun konnten die

Kraftfahrzeugbauer die Produktion stilllegen und sich die Lohnkosten über Kurzarbeit vollständig oder zum großen Teil von der Bundesanstalt für Arbeit bezahlen lassen. Und das heißt, zur Hälfte von den Lohnabhängigen. Die Arbeiter hingegen bleiben mit Lohneinbußen im Regen stehen, Entlassungen drohen. Kurzarbeit hält Firmen wie BMW derweil nicht davon ab, Dividenden an ihre Aktionäre auszuschütten. Das augenblickliche Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit erlaubt solche Dreistigkeiten. Einmal mehr erweist sich die Bundesrepublik als Klassenstaat, als Staat der Konzerne und Banken.

Das neoliberale Austeritätsregime verbietet Ländern und Kommunen, notwendige Investitionen der Daseinsvorsorge vorzunehmen. Die »Schuldenbremse« hat Verfassungsrang. Das Abgeordnetenhaus hat Anfang Juni allerdings einen Nachtragshaushalt für Berlin beschlossen und dabei von einer zulässigen Ausnahmeklausel der Schuldenbremsenregelung im Falle außergewöhnlicher Notsituationen Gebrauch gemacht.

Bis zu sechs Milliarden Euro neue Verbindlichkeiten – vor allem zum Ausgleich von Einnahmeausfällen bei den kommunalen Verkehrsunternehmen, den Kultureinrichtungen und der Vivantes GmbH – soll der Senat aufnehmen können. Davon stehen 500 Millionen Euro für schnelle Hilfsprogramme für Familien- und Wirtschaftsförderung zur Verfügung, die auf dem Jahrmarkt der konkurrierenden Interessenten verteilt wird. Für viele Klein- und Kleinstbetriebe sowie Selbstständige wird es vermutlich dennoch keine Rettung geben.

Die jetzt erfolgte Schuldenaufnahme bereitet die nächsten drastischen Einsparungen vor. Berlins Finanzsenator Matthias Kollitz beeilte sich daran zu erinnern, dass der Senat in den kommenden Jahren mit Schuldentilgung und Zinszahlung beschäf-

tigt sein wird. Die verpflichtende Tilgung wird die finanziellen Spielräume erheblich einschränken. Der Berliner Rechnungshof hatte schon Mitte Mai gefordert, vor der Verabschiedung der Nachtragshaushalte sämtliche Ausgaben auf den Prüfstand zu stellen. Man mag sich ausmalen, was das für die Zukunft bedeuten wird.

Was dem Staat weniger wichtig ist

Infolge von Corona kommt auch klarer zum Vorschein, was dem Staat – anders als Schuldenbedienung und Unternehmensrettung – weniger wichtig ist: Eine Gesundheitsfürsorge für alle. Obwohl der Bundesregierung und dem Bundestag schon 2012 eine unter Federführung des Robert-Koch-Instituts erstellte Risikoanalyse vorlag, in der unter anderem das Szenario einer »Pandemie durch Virus Modi-SARS« mit sechs Millionen Infizierten nach 300 Tagen skizziert wurde, war die Bundesregierung nach Kenntnisnahme der Infektionen in China und selbst noch nach den dramati-



Foto: ©Bundeswehr/Jonas Weber

schon Entwicklungen in Italien nicht nur untätig, sondern zeigte sich bei Ausbruch in Deutschland völlig unvorbereitet. Zunächst gab es keine Desinfektionsmittel, keine Schutzausrüstung für die Pflegekräfte und Ärzte, keine Schutzmasken für die Bevölkerung.

Hinzu kommen strukturelle Mängel. Das Krankenhauspersonal ist wegen Unterbesetzung völlig überlastet, und noch bis vor kurzem hatten Bertelsmann-Stiftung und die Nationale Akademie der Wissenschaften »Leopoldina« eine Reduzierung der Krankenhausbetten empfohlen. Der nach Maßgabe der Rentabilität zu vollziehende Abbau ist jedoch glücklicherweise noch nicht so weit vorangeschritten wie in Italien oder Frankreich. Weil nicht unbedingt notwendige Operationen verschoben wurden, stieß die Bettenkapazität nie

an ihre Grenzen – was einige private Kliniken prompt dazu veranlasste, wegen freigehaltener Betten Pfleger und Ärzte in Kurzarbeit zu schicken.

Klassenkämpfe

Bereits jetzt ist absehbar, dass ein harter Klassenkampf von oben ansteht. Kanzlerkandidat Friedrich Merz will, sollte er das Rennen machen, nach der Coronakrise alle staatlichen Leistungen von Bund, Ländern und Gemeinden auf den Prüfstand stellen. Das hieße, Aufgaben, die bisher staatlicherseits erbracht wurden, weil sie für das Funktionieren dieser Gesellschaft nötig sind, aber selbst kein Geschäft waren, könnten Privatunternehmen überantwortet werden. Das erspart dem Staat Kosten und bietet dem Kapital neue Verwertungsmöglichkeiten. In einem Konzept der »Fraktionsarbeitsgruppe Wirtschaft« der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird empfohlen, den Mindestlohn abzusenken, »mindestens aber eine Erhöhung für 2021 auszusetzen«.

Angriffe auf die Arbeitszeiten der Beschäftigten in »systemrelevanten Berufen« (etwa Sonntagsarbeit in Supermärkten) konnten bisher abgewehrt werden. Nichts Gutes verheißt hingegen die Lage in der Industrie. Der IG-Metall-Vorstand hat den Kapitalvertretern während der Verhandlungen über ein »Zukunftspaket« ausdrücklich das Wohlverhalten der Beschäftigten garantiert: jegliche Arbeitskämpfmaßnahmen sollen ausgeschlossen sein. Die Regelung zur Kurzarbeit fiel noch unter das Niveau bestehender Tarifverträge der Gewerkschaft. Der IGM-Vorsitzende Jörg Hofmann, ganz der Sozialpartner, kommentierte: »Dieser Abschluss ist ein Beitrag zur Abfederung der Coronakrise und stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt.«

Die Lehre

Was lehren uns die Erfahrungen mit dem Staat in der Pandemie? Erstens brauchen wir einen anderen Staat, einen Staat, der nicht partikulären Interessen derer dient, die besonders kapitalkräftig sind, sondern zum Wohl aller tätig ist. Dies leistet ein proletarischer Staat. Zweitens brauchen wir eine Ökonomie, die bei der Lösung der Probleme, den gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang im Auge hat. Dies leistet eine Planwirtschaft.

DKP-GRUPPENTERMINE

Friedrichshain-Kreuzberg

Termin: Jeder zweite und vierte Dienstag im Monat
Kontakt über: fabienne.trotier@gmail.com

Lichtenberg/Marzahn-Hellersdorf

Termin: Jeder erste Montag im Monat
Beginn: 19.00 Uhr
Ort: ND-Haus, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Raum 551

Pankow

Termin: Jeder zweite und vierte Montag im Monat
Beginn: 19.00 Uhr
Ort: Schachcafé »En Passant« Schönhauser Allee 58, 10437 Berlin

Neukölln

Termin: Jeder erste Donnerstag im Monat
Beginn: 18.30 Uhr
Ort: KommTreff, Jonasstraße 29, 12053 Berlin

Tempelhof-Schöneberg

Termin: Jeder zweite und vierte Donnerstag im Monat
Beginn: 20.00 Uhr
Ort: Cafe »Ess Eins«, Kolonnenstraße 56, 10827 Berlin

Treptow-Köpenick

Termin: Jeder erste Dienstag im Monat
Beginn: 18.00 Uhr
Ort: ND-Haus, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Raum 551

Wedding

Termin: Jeder zweite und vierte Montag im Monat
Beginn: 19.00 Uhr
Ort: Lokal beim Dicken, Bellermannstraße 17, 13357 Berlin

Betriebsaktiv »Gesundheit«

Termin: Jeder dritte Mittwoch im Monat
Beginn: 18.30 Uhr
Ort: ND-Haus, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Raum 551

ANZEIGEN

Zur Lage der arbeitenden Klasse in der (Corona-)Krise

Mit Beiträgen von Wolfgang Albers (Mda Die LINKE), Rolf Becker, Hans-Peter Brenner, Raimund Ernst, Glen Ford (USA), Wolf-Dieter Gudopp von Behm, Lothar Geisler, Nina Hager, Kai Köhler, Dieter Kraft, Stefan Kühner, Lena Kreymann/Andrea Hornung (SDAJ), Robert Krotzer (KPÖ Graz), Francesco Maringio (Italien), Hans Modrow, Christian Müller (Schweiz), Claudio Ottone, (KP Argentinien) Karl-Heinz Peil, Rainer Perschewski, Ronald Pienkny, Anne Rieger (KPÖ Graz), Werner Rügemer, Eduardo Goncalves Serra (Brasilianische KP), Regina Schmidt-Kühner, Franziska Schneider, Ulrich Schneider (F.I.R.), Volkmar Schöneburg, Conrad Schuhler, Manfred Sohn, Shashi Tharoor (Indischer Nationalkongress), Klaus Wagener, Rob Wallace (USA), Andreas Wehr, Holger Wendt, Sebastian Wisiak (KPÖ Graz), Lucas Zeise, Werner Zimmer-Winkelmann



200 Seiten/Sonderheft und Ausgabe 4_2020

Einzelpreis 12,50
Jahresabo 48,00
ermäßigtes Abo 32,00

Neue Impulse Verlag
Hoffnungstraße 18
45127 Essen
Tel. 0201 | 23 67 57

Schon getestet?

Die linke überregionale Tageszeitung.



Kauf am Kiosk.

Mo – Fr 1,80 € Sa 2,20 €

Alle belieferten Verkaufsstellen unter jungewelt.de/kiosk

Die Verlag 8. Mai GmbH,
Herausgeberin der linken, überregionalen
Tageszeitung *junge Welt* und des
Kulturmagazins *Melodie & Rhythmus*,
sucht Lagerräume in Berlin
und Umgebung.

Kontakt: aktion@jungewelt.de,
030/53 63 55-10



Live-CD

Cover: jW



»Eine Wirklichkeit«

Mit den letzten 70 Euro endlich die Welt retten, weil es sonst keiner macht? Die Liedermacherin Maikerosa Vogel liefert auf ihrem neuen Album mit »Unser Geld ist wichtiger als ihr« den aktuellen Soundtrack zu Berlin. »In Deutschland nehmen Menschen Mieten von anderen Menschen, die nicht die Sorge haben, sich zu überlegen wie sie ihr Erbe investieren, in Immobilien in Berlin, denn bei der Bank gibt es sowieso keine Zinsen. Und damit die mit soviel Geld überhaupt noch was verdienen, zahlen andere die immer höheren Mieten.« Die Wahlberlinerin, die in einem linken Haushalt in Frankfurt/Main aufwuchs und ihren zweiten Vornamen Rosa Luxemburg verdankt, singt gesellschaftskritisch über das Alleinsein, Zusammensein, Andersein, über den verfluchten Kapitalismus – und die Liebe. Nie banal, dafür dialektisch, selbstkritisch. »Und Schuld sind immer auch wir selber, weil wir warten wie die Kälber, und während wir warten beuten wir noch mit die Allerärmsten aus.« Trotz der ernsten Themen gibt das Album Mut und Freude, denn »wenn wir die Träume und die guten Gründe niemals verlieren, und jemanden zum darüber reden, kann uns nichts passieren.« (kk)

Maike Rosa Vogel: »Eine Wirklichkeit« (VÖ: 1.5.2020). CD als Buch mit Texten und Akkorden erhältlich unter www.maikerosavogel.com

Architektur

Fotocredit siehe unten*



Das Minsk erwacht

SAP-Gründer Hasso Plattner macht es uns hartgesottenen Gegnern des Mäzenentums aber auch schwer. Erst stiftete er im nahen Potsdam das Museum Barberini, in dem außergewöhnliche Schauen aus seiner Sammlung von DDR-Kunst zu sehen waren, jetzt will er nachlegen. Für den Herbst 2021 ist die Eröffnung eines weiteren Museums im ehemaligen Potsdamer Restaurant »Minsk« geplant. Sammel- und Ausstellungsschwerpunkt: Werke zeitgenössischer Künstler, deren Schaffen bis in die DDR zurückreicht. Zur Zeit des Sozialismus war das beliebte »Minsk« mit seinen charakteristischen Terrassen das, was man heute einen »kulturellen Hotspot« nennt. Nach dem Anschluss verfiel der Bau und sollte abgerissen werden. Nun wird er renoviert, die bekannte Fassade mit Fensterbändern und ziegelrotem Mauerwerk soll erhalten werden. Gründungsdirektorin Paola Malavassi will das »Minsk« wieder zu einem »Ort der Begegnung und des Gedankenaustausches« mache. Ob die dort ausgetauschten Gedanken auch so sozialistisch sein dürfen wie die ausgestellten Werke? (pm)

*www.flickr.com/photos/benkaden/49522466211/ / Ben Kaden / (CC BY 2.0)

Comic

Cover: Berlin Story Verlag



Auf der Insel

West-Berlin 1981. Die Bewegung 2. Juni ist seit einem Jahr aufgelöst, die Hausbesetzerbewegung gegen die Kahlschlag-sanierung des Senats erreicht ihren Höhepunkt. In dieses historische Setting verlegen Jörg Ulbert (Text) und Jörg Mailliet (Illustrationen) in ihrer Graphic Novel »Gleisdreieck« die Geschichten von Otto und Martin. Der eine taucht als Agent der Bonner Staatsgewalt in die Westberliner Szene ein, um den anderen, den steckbrieflich gesuchten Terroristen, ausfindig und dingfest zu machen, der seinerseits in die Frontstadt zurückkehrt, einen neuen politischen Coup zu landen. Die beiden Erzählstränge laufen parallel, nähern sich immer weiter an. Der Comic bleibt angenehm unangeregt, maßt sich kein schrilles Urteil an und überzeugt auf beiden Ebenen – erzählerisch und illustrativ. Besonders die Panels, in denen Mailliet Kulisse und Architektur dieser ummauerten Insel an der Spree zeichnet, sind von spröder und zurückhaltender Schönheit und zeigen das damalige West-Berlin als unwiederbringliches Refugium der Ausgestoßenen und Verweigerer. (brat)

Jörg Mailliet und Jörg Ulbert: Gleisdreieck – Berlin 1981, Berlin Story Verlag, Berlin 2019, 24,95 Euro

Ausstellung 1

Bild: Toni Püschel



Eine Werkschau

Am 26. Juni öffnete die Ausstellung »A fairytale of Mr. P.« in der Naturfreunde-Galerie in der Paretzer Straße. Die Ausstellung ist eine erste Zusammenfassung der vergangenen acht Jahre aus dem kreativen Schaffen von Toni Püschel. Zu sehen sind Aquarellzeichnungen, Acrylmalerei und Plakaten zu verschiedensten Themen. Ein Highlight sind sicher seine Radierungen. Außerdem ist eine Serie von neun Drucken aus der griechischen Mythologie des Prometheus ausgestellt. In seinem Schaffen lässt sich der Künstler nur schwer auf eine Maltechnik bzw. Methodik festlegen. Toni wurde Anfang der 80er in der »Fontanestadt« Neuruppin geboren. Er begann mit Holzbildhauerei und Graffiti. Erstere lernte er bei der Künstlerin IngoR, die Sprühkunst hat er sich in vielen abenteuerlichen Nächten selbst beigebracht. Das war bis 2004. Toni Püschel ist Mitglied der Künstlergruppe Tendenzen Berlin, aktuell lebt und arbeitet er im Berliner Wedding. (Naturfreunde)

Ausstellung: »A fairytale of Mr. P.«
Ort: NaturFreunde-Galerie Paretzer Str. 7
Ab 26. Juni / Mo.-Fr. von 10 Uhr bis 16 Uhr

Ausstellung 2

Foto: © The Heartfield Community of Heirs / VG Bild-Kunst, Bonn 2020 Akademie der Künste, Berlin



Mit klarer Botschaft

Jede und jeder dürfte schon einmal eine seiner Collagen und Fotomontagen gesehen haben: die Hyäne mit dem Zylinder auf dem Schlachtfeld, Hitler mit dem von Goebbels umgelegten Marx-Bart, die auf dem Bajonett aufgespießte Taube. Mit Schere und Klebstoff gelangte John Heartfield zu einer ebenso klaren wie drastischen Bildsprache, die unmissverständliche Botschaften vermittelte. Die Gräueltaten des Krieges, die Schrecken des Faschismus. Nie vergaß er dabei, die Interessenten und Profiteure zu benennen: Die Junker und Generäle, die Schlotbarone und Monopolherren. Die Akademie der Künste zeigt jetzt in der Ausstellung »John Heartfield – Fotografie plus Dynamit« die vielen Facetten seiner Kunst: Von der Buchgestaltung und Werbung über die politische Pressearbeit und Bühnenausstattung bis hin zu Fotografie und Trickfilm. Der Einsatz von ermüdenden Texttafeln mit womöglich fragwürdigem Inhalt ist ausgesprochen sparsam. Das ist loblich. (trab)

»John Heartfield – Fotografie plus Dynamit«. Akademie der Künste am Pariser Platz. Vom 2. Juni bis zum 23. August

Der Berliner Anstoß braucht Ihre Unterstützung!

Damit wir auch weiterhin die Kosten für Druck und Verbreitung tragen und den Berliner Anstoß als wichtige linke Stimme in der Stadt etablieren können, sind wir auf Ihre Spende angewiesen! Bitte überweisen Sie einmalig oder regelmäßig einen Betrag Ihrer Wahl auf das unten genannte Konto. Es gibt aber noch weitere Möglichkeiten, wie Sie uns unterstützen können:

Möglichkeit A: Ja, ich unterstützte die regelmäßige Herausgabe des Berliner Anstoß mit einer

vierteljährlichen
 halbjährlichen
 jährlichen

Spende in Höhe von _____ Euro (mindestens 10 Euro).
(Hinweis: Diese Zusage kann jederzeit widerrufen werden, bereits eingezahlte Gelder werden aber nicht zurückbezahlt!)

Möglichkeit B: Ja, ich unterstütze den Berliner Anstoß mit einer einmaligen Spende in Höhe von _____ Euro

Möglichkeit C: Ich finde das Anstoß-Projekt interessant.

Die Spende überweise ich auf das Konto der DKP Berlin (BIC: BELADEBE, IBAN: DE94 1005 0000 0043 4131 37 - **Verwendungszweck: Anstoß**)

Bitte schickt mir eine Spendenbescheinigung der DKP-Berlin zu (bei bis zu 200 Euro Spende im Jahr genügt dem Finanzamt der Überweisungsbeleg).

Bitte schickt mir die jeweils aktuelle Ausgabe gratis zu
 Ich hätte Interesse daran, am Berliner Anstoß redaktionell/organisatorisch mitzuarbeiten.
 Ich würde gerne beim Verteilen des Anstoß mit wirken.

Bitte schickt mir von jeder Ausgabe _____ Exemplare, die ich in _____ verteilen werde.

Name: _____

Adresse: _____

Email / Telefon: _____

Weitere Hinweise:

Berlin, den _____

Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: DKP Berlin, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin